

Regierung will mehr Geld für Kitas ausgeben

Fortschritt Künftig soll die ausserhäusliche Kinderbetreuung mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Ziel ist es, Land, Gemeinden, Wirtschaft und Eltern zu beteiligen.

VON SILVIA BÖHLER

Liechtenstein benötigt weitere Kita-Plätze: Zu diesem Schluss kommt die von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe, welche auch einen Vorschlag zu deren Finanzierung ausarbeitete. Gestern präsentierten Regierungsrat Mauro Pedrazzini und Simon Laukas, Mitarbeiter der Regierung, den entsprechenden Vernehmlassungsbericht. Bis zum 12. Februar 2016 kann dazu Stellung genommen werden.

Bedarfsgerechte Unterstützung

Eine entscheidende Neuerung stellt die Verteilung der Subventionen dar. Bisher wurden die Kinderbetreuungseinrichtungen pro Platz und Jahr mit einem bestimmten Betrag unterstützt und zwar unabhängig davon, ob dieser tatsächlich genutzt wird. Künftig soll die finanzielle Unterstützung nicht mehr nach den angebotenen Plätzen bemessen werden, sondern

nach den tatsächlich erbrachten Betreuungsleistungen. «Die Eltern entscheiden, wo ihr Kind betreut wird, und die Gelder der öffentlichen Hand folgen der Entscheidung der Eltern», führte Pedrazzini aus.

Über fünf Millionen Franken

Im Jahr 2015 förderte der Staat bestehende Kindertagesstätten, Tagesstrukturen und Mittagstische mit rund 2 784 000 Franken. Seit 2011 ist die Anzahl der subventionierten Betreuungsplätze jedoch beschränkt, nur ein Teil der Kita-Plätze und Einrichtungen wird seitens des Staates unterstützt. Um diese Ungleichheit zu beseitigen und zusätzliches Geld für weitere Kita-Plätze zu erhalten, will Pedrazzini die Gemeinden und Arbeitgeber (über die Familienausgleichskasse) ins Boot holen. Künftig sollen so Subventionen für die Kinderbetreuung von über fünf Millionen Franken lukriert werden.

Seite 3



Regierungsrat Pedrazzini stellte den Vernehmlassungsbericht vor. (Foto: Zanghellini)

Kita: Staat alleine kann Kosten nicht stemmen

Subvention Die Regierung will die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung neu regeln. Ein Vernehmlassungsbericht liegt vor.

VON SILVIA BÖHLER

Immer mehr Frauen haben eine gute Ausbildung absolviert und wollen oder müssen auch mit Kindern arbeiten. Aktuell gibt es im Land rund 30 Kinderbetreuungseinrichtungen rund 1200 Kinder werden stunden- oder tageweise betreut. Doch das Angebot reicht bei Weitem nicht aus und der Staat alleine kann die steigenden Kosten der Kinderbetreuung nicht stemmen. Für einen Kita-Platz berechnet der Verein Kindertagesstätten pro Tag rund 120 Franken, rund die Hälfte des Betrages wird vom Staat übernommen. Insgesamt stellt die Regierung pro Jahr rund 2,78 Millionen Franken für die Kinderbetreuung zur Verfügung.

Aus Kostengründen hielt die Regierung seit dem Jahr 2011 die Anzahl der subventionierten Kita-Plätze allerdings beschränkt. Nun soll dieser Missstand beseitigt sowie eine neue Regelung zur Finanzierung weiterer Betreuungsplätze geschaffen werden. Gestern stellten Regierungsrat Mauro Pedrazzini und Simon Laukas, Mitarbeiter der Regierung, in Vaduz den Vernehmlassungsbericht vor. Die Neuregelung bezieht sich auf Kindertagesstätten, Tagesstrukturen und Mittagstische. Künftig sollen diese Einrichtungen nach erbrachten Leistungen und nicht mehr pauschal von drei Finanzierungsquellen unterstützt werden:

- Staat: Die Höhe des Staatsbeitrages soll beibehalten, oder nur geringfügig erhöht werden, etwa auf 2,9 Millionen Franken.
- Familienausgleichskasse (FAK): Die Gelder der FAK sollen abhängig von der Jahresrechnung von der Regierung vorgegeben werden, jedoch maximal drei Prozent der eingenom-

Ausserhäusliche Kinderbetreuung

Finanzierung laut Vernehmlassungsbericht der Regierung in Franken

Einrichtung	Förderung	Staat		FAK		Total ³		Gemeinde
	Aktuell	Aktuell	Neu	Aktuell	Neu	Aktuell	Neu	Neu
Bestehende	Ja	2 784 000	2 030 135	0	787 933	2 784 000	2 818 069	710 299
Bestehende	Nein	0	592 795	0	301 720	0	894 515	207 410
Neue	Nein	0	296 569	0	115 117	0	411 686	103 750
Gesamt		2 784 000	2 919 499	0	1 204 770	2 784 000	4 124 269	1 021 459

³ Falls Betriebskitas (Hilti AG und LLV) von einer Förderung ausgeschlossen würden, ergäbe dies die folgenden Summen (Total): Staatsbeitrag: 2 793 017 Franken, FAK-Beitrag: 1 084 046 Franken, Gemeindebeiträge: 977 190 Franken.

Tabella: «Volksblatt», Quelle: Vernehmlassungsbericht der Regierung

menen FAK-Beiträge ausmachen. Die Förderung würde sich auf rund 1,2 Millionen Franken belaufen.

- Gemeindebeiträge: Die Beiträge der Gemeinden bestehen heute in der Regel darin, dass sie Räumlichkeiten für die Kinderbetreuung kostenlos zur Verfügung stellen oder

Mietkosten für angemietete Objekte übernehmen. Diese Beiträge sollen monetarisiert und im Gegenzug Mieten für die Liegenschaften verlangt werden. Um eine faire Aufteilung für die Gemeinden zu erreichen, sollen sie nach ihrer Einwohnerzahl (aufgrund der jeweiligen letzten amtli-

chen Erfassung) belastet werden. Der Anteil der Gemeinden soll maximal 25 Prozent der Summe der Subventionen von Staat und FAK betragen, also rund eine Million Franken. Die Auszahlung der Subventionen sowie die Administration soll durch das Amt für Soziale Dienste erfolgen.